



HIBS NEWSLETTER

JUNI 2022

CDU-Generalsekretär Sebastian
Lechner stellt das
Regierungsprogramm vor.

Pläne für Endlager in Würiggassen
stoppen!

CDU fordert Sicherheit für
Berufsschulen.

Niedersächsisches Krankenhausgesetz

Versorgung des ländlichen Raums
im Fokus der Neufassung.

„HiBs“-Newsletter

Neufassung des Niedersächsischen
Krankenhausgesetzes



Neufassung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes nimmt den ländlichen Raum in den Blick

----- LEITARTIKEL

Am 28. Juni 2022 hat der Niedersächsische Landtag die Neufassung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes beschlossen. Niedersachsen bekommt mit dieser Neufassung ein modernes Krankenhausgesetz, das sich den Problemen der Zeit annimmt. Die letzten zwei Jahre waren durch die COVID-19-Pandemie geprägt. Die Pandemie hat zum einen die Leistungsfähigkeit unserer niedersächsischen Krankenhäuser unter Beweis gestellt, aber auch an Grenzen gebracht. Mit der Neufassung des Gesetzes werden nun die Weichen dafür gestellt, dass eine landesweit gleichwertige Versorgungsqualität, auskömmliche Personalausstattung und eine effiziente Nutzung von Ressourcen sichergestellt ist.

Im Rahmen der Arbeit der Enquetekommission zur „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen – für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung“ konnten zwei wesentliche Punkte festgestellt werden: Zum einen stehen in Niedersachsen ausreichend Krankenhauskapazitäten zur Verfügung, zum anderen ist die Versorgungsqualität in kleineren Krankenhäusern messbar schlechter. Dabei ist es gerade der ländliche periphere Raum, der besonders unter einer schwierigen medizinischen Versorgungsqualität leidet. Neue gesetzliche Vorgaben wie die Pflegeuntergrenzen haben zu einer weiteren Verschlechterung der Versorgungsqualität geführt. Hier fehlt es an medizinischem Personal und technischer Ausrüstung. Der zweite Punkt bot für uns als CDU daher Grund zum Handeln!

Die Neufassung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes schafft die Möglichkeit die Krankenhausplanung in Niedersachsen neu aufzustellen.

Diese Aufteilung macht eine zielgenaue Planung der Krankenhausversorgung in ganz Niedersachsen möglich. Investitionen in Strukturverbesserungen und dringende Digitalisierungsmaßnahmen sind so passgenau möglich. Unser oberstes Ziel ist dabei die Gewährleistung eines verlässlichen und gleichwertigen Versorgungsniveaus in der Fläche und in den Zentren sicherzustellen. Der ländliche Raum wird nun verstärkt mitgedacht und das ist gut so!

Doch wie verbessert die Neufassung die medizinische Versorgung direkt vor Ort? Durch eine gezielte Konzentration auf spezielle Versorgungsleistungen in Kliniken wird die Versorgungsqualität verbessert. Dafür wird künftig mehr medizinische, technische und personelle Ausstattung vorgehalten. Dadurch werden auch kleine Krankenhäuser in der Lage sein Behandlungen anzubieten, die bislang nur Universitätskliniken vorbehalten waren. Dies wird zu einer Steigerung der gesamten Behandlungsqualität führen.

Das Herzstück der Neufassung sind die neuen Regionalen Gesundheitszentren, die weiterhin eine wohnortnahe Rund-um-die-Uhr-Versorgung sicherstellen. Diese Zentren machen es nicht nur möglich, dass Patienten in kürzester Zeit in einem nahegelegenen Krankenhaus versorgt werden können, sondern der Patient in ein Krankenhaus kommt, das für die Behandlung seiner Diagnose am besten geeignet ist.

Wir sind der festen Überzeugung, dass von dieser neugeschaffenen Struktur gerade auch der

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

wir, die sieben Landtagsabgeordneten innerhalb der CDU-Fraktion, bilden das sogenannte „HiBs“-Team. „HiBs“ steht hierbei für die Regionen Hildesheim und Braunschweig. Als Abgeordnete unserer Regionen, machen wir uns im Landtag in Hannover gemeinsam für die Interessen der gesamten Region Südniedersachsen stark. Dabei ist es uns ein großes Anliegen, die Interessen der Menschen aus unseren Wahlkreisen auch direkt vor Ort zu unterstützen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und verbleiben mit herzlichen Grüßen

Ihre „HiBs“-Gruppe



**„Wir sind der festen
Überzeugung, dass von
dieser neugeschaffenen
Struktur gerade auch
der ländliche Raum
profitieren wird.“**

Essentiell ist zunächst, dass wir den Strukturwandel, der besonders schnell im ländlichen Raum stattfindet, aktiv mitgestalten. Dafür sollen im Rahmen der Neufassung drei Versorgungsstufen eingerichtet und Niedersachsen in acht Versorgungsregionen aufgeteilt werden.

ländliche Raum profitieren wird. Der Erhalt und der Ausbau von Kliniken erfolgen nun einer klaren Logik und nachvollziehbaren Kriterien. Ein wichtiger Meilenstein für die medizinische Versorgung Niedersachsens!

Generalsekretär Lechner zum Regierungsprogramm der CDU-Niedersachsen

----- GASTBEITRAG

Wir, die CDU in Niedersachsen, sind der Anwalt derer, die sich jeden Tag einbringen in unsere Gesellschaft. Der ehrenamtlich Engagierten, derjenigen, die jeden Tag arbeiten gehen, um ihre Kinder großzuziehen, der Menschen, die ein gutes und auskömmliches Leben wollen und dafür bereit sind, etwas zu tun und sich einzubringen. Mit ihnen allen gemeinsam wollen wir dieses schöne Land nach vorne bringen – wir wollen weiterspringen.

Gerade in diesen turbulenten Zeiten wollen wir, dass das Leben bezahlbar bleibt. Wir werden für niedrige Energiepreise mit einer niedersächsischen Energie-Investitionsoffensive alle Möglichkeiten der Energieerzeugung in Niedersachsen fördern. Im gleichen Atemzug werden wir für bezahlbare Lebensmittel mit unseren Landwirten einen Gesellschaftsvertrag schließen, der ihnen verlässliche Einkommensperspektiven bietet, ihr Eigentum schützt und ihnen ermöglicht, qualitativ hochwertige Lebensmittel zu produzieren. Und wir werden uns gegenüber dem Bund für eine Steuerreform einsetzen, die alle Menschen entlastet, mit einem besonderen Fokus auf die Gering- und Normalverdiener sowie auch die Unternehmen entlastet, damit diese mehr Möglichkeiten haben, jetzt zu investieren und Arbeitsplätze zu sichern.

Mit einem Ministerium, das alle Zuständigkeiten der Kinderentwicklung und des Kinderschutzes bündelt, von der Kita über die Schule bis hin zu den Jugendhilfe- und Kinderschutzbehörden, stellen wir unsere Kinder in den Mittelpunkt unserer Politik. Wir werden nicht nur eine Unterrichtsversorgung von mindestens 100% garantieren, sondern auch die Schulen endlich umfassend digitalisieren. Wir begeben uns in keine ideologischen Sackgassen. Wir werden die Förderschulen für Lernen und Sprache erhalten.

Wir werden in Niedersachsen für eine Null-Toleranz-Politik gegenüber kriminellen Clans nach dem Vorbild NRW eintreten und unser Land im Hinblick auf die Abwehr von Internetkriminalität neu aufstellen.

Der demografische Wandel stellt die Zukunft der Pflege zunehmend in den Mittelpunkt. Wir werden ein Landespflegegeld in Niedersachsen starten, um die steigenden Kosten der Pflege auffangen zu können. Darüber hinaus werden wir in einem Modellprojekt die Pflegeausbildung dualisieren und die Pflegehelferausbildung einführen. Wir müssen mehr Fachkräfte für eine qualitative Pflege gewinnen. In der Fläche Niedersachsens werden wir den Ausbau telemedizinischer Angebote vorantreiben sowie die Gemeindeschwester und den Gemeindefallanitäter einführen.

Zum Autor

Als Generalsekretär der CDU-Niedersachsen war Sebastian Lechner federführend für die Prozessentwicklung des Regierungsprogrammes verantwortlich. Das Programm ist mit der direkten Beteiligung der Mitglieder der CDU-Niedersachsens in mehreren Themen-Workshops entstanden.

Das Regierungsprogramm der CDU in Niedersachsen finden Sie auf unserer Homepage www.cdu-niedersachsen.de.





Planungen für das Bereitstellungslager „Würgassen“ müssen umgehend gestoppt werden

----- UWE SCHÜNEMANN

Ein Bereitstellungslager zur Einlagerung von radioaktiven Stoffen im Schacht Konrad ist unnötig. Zu diesem Fazit kommt das von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen in Auftrag gegebene Gutachten. Mit Erleichterung und Genugtuung reagiert der Landtagsabgeordnete Uwe Schünemann auf diese positive Nachricht. „Ich habe nichts Anderes erwartet“, so der CDU Politiker. „Die Logistik bietet heute beste Möglichkeiten, die Anlieferung aus 20 Zwischenlagern bedarfsgerecht zu koordinieren“. Das Ergebnis dieser von TÜV Nord erstellten Studie lasse nur einen Schluss zu: „Die Bundesumweltministerin muss die Planungen für das Bereitstellungslager Würgassen umgehend stoppen“.

Bereits im Sommer 2020 hatte Uwe Schünemann in einem Brief an den damaligen Staatssekretär Flasbarth eine wissenschaftliche Untersuchung zur Sinnhaftigkeit eines Bereitstellungslagers gefordert. Obwohl schon damals eine Länderfinanzierung angeboten wurde, lehnte das Bundesumweltministerium jede Mitwirkung an einem entsprechenden Gutachten ab. Es habe 2009 ausführliche Beratungen unter Beteiligung von Sachverständigen gegeben. Selbst der neue Staatssekretär hat vor wenigen Wochen bei seinem Besuch in Beverungen auf den Bau eines Bereitstellungslagers bestanden. „Es ist erschreckend, dass auf Bundesebene derartige Entscheidungen ohne fundierte Grundlagen getroffen werden. Bewährte logistische Methoden und der technische Fortschritt werden nicht

berücksichtigt“, ärgert sich der CDU Landtagsabgeordnete.

Jetzt müsse der Bund die neuesten Erkenntnisse akzeptieren. Immerhin können Investitionen von bis zu 1 Mrd. € eingespart werden. Viel wichtiger sei aber, dass unnötiger Transport von radioaktivem Müll verhindert wird. „Es war genau der richtige Ansatz, den Bau eines Bereitstellungslagers infrage zu stellen“, so Uwe Schünemann. Vor kurzem habe die Bundesumweltministerin keine Zeit für ein Gespräch mit der Delegation aus der Region in Berlin gehabt. Nunmehr dürfe sich Steffi Lemke einem Gespräch mit den Bürgerinitiativen und der Politik nicht verweigern. „Durch die neuen Erkenntnisse kann ein umweltschonender und wirtschaftlicher Transport von radioaktivem Müll organisiert werden“, meint Uwe Schünemann. Diese Chance sollte jetzt konsequent verfolgt werden.

„Die
Bundesumweltministerin muss die
Planungen für das
Bereitstellungslager
Würgassen
umgehend stoppen“.

CDU fordert Sicherheiten für die Berufsschule



Foto: Schulassistent CGLS

----- FRANK OESTERHELWEG

Zu einem schulpolitischen Gespräch über die Ausbildung in der berufsbildenden Carl-Gotthard-Langhans Schule kamen die Mitglieder der CDU Kreistagsfraktion im Schulausschuss mit Vertretern des Landkreises, des Handwerks und der Schulleitung zusammen. Auf Einladung des Landtagsabgeordneten Frank Oesterhelweg nahm der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Christian Fühner an dem Gespräch teil, um die Problemstellungen in den ländlichen Regionen kennenzulernen.

Die hohen Investitionskosten des Landkreises Wolfenbüttel zur Modernisierung der Carl-Gotthard-Langhans-Schule hob der Fraktionsvorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion Michael Wolff in seinen begrüßenden Worten hervor. Die jetzt bekannten weiteren Investitionskosten von über 40 Mio. EUR erfordern nach seiner Auffassung eine dringliche Regelung für die Steuerung der Schülerströme in die berufsbildenden Schulen der Region. Die hohen Investitionen in die Infrastruktur der berufsbildenden Schule bedürfen dringlich der Sicherheit, dass künftige Schülergenerationen in der Carl-Gotthard-Langhans Schule beschult werden können.

Die Aktivitäten des Kultusministeriums mit einem restriktiven Klassenbildungserlass und der Steuerung von Schülerströmen mittels der Liste der affinen Berufe in die Oberzentren fördere die Investitionsentscheidungen in keiner Weise.

Oberstudiendirektor Stefan Volkmann und sein Stellvertreter Stefan Ulrich-Kleiner informierten über die Investitionen in die Verbesserung der Ausbildung für die Elektro-Handwerke, das Kfz-Handwerk, das Land- und Baumaschinenhandwerk und das Bäckerhandwerk. Die Schulleitung berichtete weiterhin über die vom Kultusministerium geforderten Klassengrößen und die Bemühungen um die Qualitätsstandards für den Unterricht. Sie hoben hervor, dass die in den letzten Jahren aus Gründen des Infektionsschutzes ausgefallene Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen dringend wieder aufgenommen werden müsse, um den Nachwuchs für die gewerblich-technischen Berufe zu sichern.

In der Diskussion setzten sich die Gesprächsteilnehmer mit dem seit Jahren geplanten Aufbau eines Regionalmanagements für die Berufsschulen der Region auseinander.

Der Schuldezernent des Landkreises Wolfenbüttel Bernd Retzki berichtete, dass nach erheblichen Problemen mit dem Datenschutz nunmehr die Zahlen der Schülerinnen und Schüler im Bereich des ehemaligen Bezirks Braunschweig bekannt seien und in Kürze erörtert werden. Die Vertreter der CDU-Kreistagsfraktion nahmen mit Sorge zur Kenntnis, dass die Schulleitung der Carl-Gotthard-Langhans Schule in diesen Prozess bisher nicht einbezogen ist und das notwendige Zahlenwerk für eine Unterrichtsplanung und Investitionsplanung nicht veröffentlicht wird. Der schulpolitische Sprecher der CDU Christian Fühner nahm die Kritik gemeinsam mit den hiesigen Landtagskandidaten Sarah Grabenhorst-Quidde und Holger Bormann auf und sagte zu, sich für die gleichmäßigere Verteilung der Schülerströme einzusetzen, um die wohnortnahe Beschulung der Auszubildenden in den ländlichen Räumen zu erhalten. Frank Oesterhelweg sah die Möglichkeit und auch Notwendigkeit, die Bereitstellung von finanziellen Unterstützungen des Landes an eine für die Zukunft dauerhaft gesicherte Schulentwicklungsplanung zu binden.

Open-Air Lesung mit Schriftsteller Henning Ahrens auf dem Acanthus-Hof in Klein Ilsede

----- CHRISTOPH PLETT

Zu einer Lesung auf dem vormals elterlichen Hof von Schriftsteller Henning Ahrens haben der Geschäftsführer des Klein Ilseder Acanthus-Hofes, Tristan Plew, und ich gemeinsam auf den Acanthus-Hof eingeladen. An einem lauen Sommerabend, begleitet von den Lauten des Storchs, begrüßt Henning Ahrens die etwa 100 Gäste zu dieser für ihn besonderen Lesung. Denn anders als sonst, haben die Zuhörer einen Bezug zu dem Ort.

Der Roman „Mitgift“ erzählt die Geschichte der Familie Leeb, die den Hof über sieben Generationen bewirtschaftet hatte. Die handelnden Personen des Romans haben einen starken Bezug zur eigenen Familie des Autors. Er selber habe erst mit dem Verkauf des Hofes von der vielschichtigen Geschichte der Familie erfahren. Aus den Dokumenten und Tagebüchern, die sein Großvater während des 2. Weltkriegs schrieb, seien Teile des Romans entstanden, so berichtete es Henning Ahrens am Abend der Lesung. Der enge familiäre Bezug des Romans zu den Protagonisten wird besonders deutlich in der Widmung an seinen Vater Heinrich Ahrens, der von 1931 bis 1989 auf dem Hof lebte. ausdrücklich die neuen Ansätze für die Stärkung der Start-up-Ökosysteme im ländlichen Raum in Niedersachsen.



[WEITERLESEN](#)



CDU Landesvorstand Braunschweig und Vorstand des Nds. Landvolks Braunschweigerland e.V. mit seinen Geschäftsführern

CDU-Landesvorstand Braunschweig zu Besuch beim Landvolk

----- FRANK OESTERHELWEG

Auf Einladung des Nds. Landvolks Braunschweiger Land folgte der CDU Landesvorstand Braunschweig ins Grüne Zentrum.

Zu Gast waren neben dem Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Braunschweig und Landtagsvizepräsidenten Frank Oesterhelweg aus Wolfenbüttel, die Vorstandsmitglieder, Carsten Müller (MdB) aus Braunschweig, Veronika Koch (MdL) aus Helmstedt und Beisitzer Christoph Plett (MdL) aus Peine, die Kreisvorsitzende Andrea Kempe aus Salzgitter sowie der Landesgeschäftsführer Andreas Weber.

Kritisch wurden die Themen „Rote Gebiete“, Hochwasserschutz, Flächennutzung, der Grundstücksverkehr und die GAP 2023 diskutiert. In weiteren aktuellen Themen, wie den Netzausbauvorhaben und der Freiflächenphotovoltaik, will man vor Ort zielführende bilaterale Gespräche führen.

Erschwerend hinzugekommen ist die seit dem 24. Februar bestehende Kriegssituation in der Ukraine. „Die Landwirte stehen mit dem Rücken zur Wand. Hohe Energie- und Treibstoffkosten, gestiegene Preise für Pflanzenschutz- und Futtermittel sowie für Dünger und Saatgut sorgen inzwischen in vielen Betrieben für Existenzängste“, macht Ulrich Löh Vorsitzender Landvolk deutlich.

„Wir niedersächsische Abgeordnete arbeiten daran, gemeinsam mit der Bundes- und Europaebene eine politische Lösung für die aktuelle Situation in der Landwirtschaft zu bekommen, damit die für alle unfaire Kostenspirale gestoppt wird“, brachte Frank Oesterhelweg zum Ausdruck.

Fazit war, gemeinsam Projekte vorwärts zu bringen, sich am Niedersächsischen Weg zu orientieren und dabei die Sicherung der Bevölkerung mit Lebensmittel zu gewährleisten, darüber hinaus aber auch weiter einen Beitrag zur Ernährung der Menschen weltweit zu leisten. Nachdenklich stimmte schließlich der Besuch in der Gedenkstätte Marienborn. Der Abiturjahrgang 1992 erlebte die Grenzöffnung in der Oberstufe hautnah und neben der Euphorie der vergangenen Zeit dürfen auch die Unrechttaten in der ehemaligen DDR nicht vergessen werden.

Gesellig klang der Tag traditionsgemäß in der ehemaligen Stamm-Diskotheek Number One aus - das nächste Wiedersehen wird sicher nicht lang auf sich warten lassen.

Meilenstein für Niedersachsen: Die Klimagesetz-Novelle

2Das Niedersächsische Klimagesetz war und ist ein echter Meilenstein in der Klimapolitik unseres Landes“, stellt Laura Hopmann, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, fest. „Mit unseren Nachbesserungen dieses Gesetzes bringen wir Niedersachsen beim Klimaschutz noch einmal einen weiteren Schritt nach

----- LAURA HOPMANN

vorne, indem wir neue und wichtige Impulse für den Ausbau erneuerbarer Energien setzen.“

So wurden unter anderem verbindliche Flächenziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien festgelegt, mit denen künftig mindestens 2,2 Prozent der Landesfläche für den Ausbau der

Windenergie bereitgestellt werden und mindestens 0,47 Prozent der Landesfläche für den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik. „Nicht zuletzt steigern wir damit auch unsere eigene Unabhängigkeit bei der Energieversorgung“, unterstrich die Abgeordnete.

„Unser Klimagesetz ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum nachhaltigen Umbau unserer Energieversorgung. Hin zu weniger Verbrauch, weniger fossilen Brennstoffen und mehr erneuerbaren Energien und das schneller als bisher“, so Hopmann. „Damit stellen wir uns den aktuellen Herausforderungen entschlossen entgegen und gehen sie mit konkreten Maßnahmen an; und wir machen Niedersachsen als Energie- und Industriestandort und auch als Agrarland zukunftsfest.“

Uwe Schünemann lädt ein: 12. Jahrgang des Beruflichen Gymnasiums besucht den Landtag

----- UWE SCHÜNEMANN

Fast 40 Schüler und Schülerinnen der Berufsbildenden Schulen in Holzminden reisten mit ihren Lehrkräften auf Einladung des CDU-Abgeordneten Uwe Schünemann in das Leineschloss nach Hannover. Nach der Begrüßung durch den Landesschülersprecher Malte Kern und einer einführenden Veranstaltung zur Arbeit des Niedersächsischen Landtags im historischen Parlamentsbau, konnten die Gäste von der Besuchertribüne aus den Debatten der Abgeordneten im Plenum folgen. Beratungen zum Wald- und Flächenbrandschutz standen auf der Tagesordnung, aber auch ein Redebeitrag des Abgeordneten Uwe Schünemann zum Standort des Heimatschutzregiments 3 in Niedersachsen.

Die anschließende Gesprächsrunde machte deutlich: Junge Menschen wollen sich einbringen. Klimaschutz, Mobilitätswende, Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht, Ausstattung von Feuerwehr und Katastrophenschutz. Intensive Diskussionen, die noch lange hätten fortsetzen werden können.

„Schon beim EU-Projekttag der BBS in Holzminden war ich begeistert vom Interesse der Schüler und Schülerinnen an internationalen und europäischen Themen. Beim Besuch des Beruflichen Gymnasiums im Landtag konnten wir den Austausch auf Landesebene nun fortsetzen“, freut sich Uwe Schünemann. Von Politikverdrossenheit sei bei diesen jungen Menschen jedenfalls keine Spur.



Alle an einem Landtagsbesuch Interessierten können sich unter den folgenden Kontaktdaten im Wahlkreisbüro Uwe Schünemann melden: buero@uwe-schuenemann.de oder 0151 17900986.

Bild (Sabine Echzell): Die Besuchergruppe des beruflichen Gymnasiums mit Uwe Schünemann (CDU) in der Portikushalle des Niedersächsischen Landtages.

Gespräch mit der Leiterin des Peiner Frauenhauses, Nicole Reinert, und mit der Leiterin von BISS, Kathrin Sahin

----- CHRISTOP PLETT

Vor einigen Tagen habe ich mich gemeinsam mit Manuela Schneider, meiner Kollegin aus der Peiner CDU-Kreistagsfraktion, mit Nicole Reinert, der Leiterin des Peiner Frauenhauses, und mit Kathrin Sahin von der Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt (BISS) getroffen.

Im Gespräch mit Frau Reinert und Frau Sahin haben wir uns unter anderem über die aktuelle Situation im Peiner Frauenhaus erkundigt und auch gefragt, an welchen Stellen es für das Frauenhaus und für BISS aktuell noch Probleme gibt und wo die Politik sich für Erleichterungen einsetzen könnte.

Vor einigen Tagen habe ich mich gemeinsam mit Manuela Schneider, meiner Kollegin aus der Peiner CDU-Kreistagsfraktion, mit Nicole Reinert, der Leiterin des Peiner Frauenhauses, und mit Kathrin Sahin von der Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt (BISS) getroffen.



[WEITERLESEN](#)



Foto (privat) Vor der Schule am Teichgarten, v.l.n.r.: Carmen Grüne, Peter Emmerich, Sarah Grabenhorst-Quidde, Frank Oesterhelweg, Bernd Retzki, Henning Plumeyer, Holger Bormann, Wolfgang Horn und Christian Fühner.

CDU will „Förderschule L“ erhalten

Aktuelle Nachrichten aus informierter Quelle Oesterhelweg hatte Schulpolitiker Fühner eingeladen

----- FRANK OESTERHELWEG

Wolfenbüttel. Zu einem Besuch mit dem schulpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Christian Fühner und Kreistagskollegen war Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg in der Förderschule L, der Schule am Teichgarten in Wolfenbüttel. Begleitet wurden sie von den hiesigen Landtagsbewerbern Sarah Grabenhorst-Quidde und Holger Bormann. Nach einem Rundgang und regem Informationsaustausch mit Rektorin Carmen Grüne und Konrektor Wolfgang Horn sowie Kreisdezernent Bernd Retzki betonte Oesterhelweg: „Klare Ansage: Wir sind auch in Zukunft für den Erhalt unserer Förderschulen als wichtiges Bildungsangebot, zumindest für eine gleichwertige Fortentwicklung oder Alternative. Das gilt für mich als ausscheidenden Landtagsabgeordneten ebenso wie für unsere Kandidaten Sarah Grabenhorst-Quidde und Holger Bormann. Kinder passen nun einmal nicht in Schubladen und auch nicht in das ideologische Korsett bestimmter Leute im sozialdemokratischen Lager. Ich freue mich, dass auch die niedersächsische Union bei ihrer klaren Position dazu bleibt - alle haben bei der Landtagswahl am 9. Oktober somit die Möglichkeit, diese wichtige Weichenstellung persönlich und direkt zu beeinflussen.“

Ausbruch auf einem Sauenbetrieb im Emsland – Seuche für den Menschen ungefährlich

----- THOMAS EHBRECHT

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) hat erstmals Niedersachsen erreicht. Der Ausbruch ist in einem landwirtschaftlichen Betrieb im südlichen Landkreis Emsland festgestellt worden. Wie das Niedersächsische Landwirtschaftsministerium mitteilte, liegt seit heute (2.7.22) die Bestätigung des Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI) vor. Der Betrieb in der Gemeinde Emsbüren hält 280 Sauen und rund 1500 Ferkel. Der komplette Bestand wird morgen tierschutzgerecht getötet. Die Kontaktbetriebe werden derzeit recherchiert. Die Schweinepest ist für Menschen ungefährlich. Ein weiterer Aspekt ist die Aufhebung des jagdrechtlich bestehenden Verbots von Nachtsichtvor- und aufsätzen für Zielhilfsmittel, die einen Bildwandler oder eine elektronische Verstärkung besitzen und für Schusswaffen bestimmt sind. „Gerade im Hinblick auf einen gezielten Schuss und die Vermeidung von Tierleid, ist es widersprüchlich, auf eine Technik zu verzichten, mit der ein Schuss zielgenauer abgegeben werden kann. Deshalb ist es der einzig richtige Schluss, die Nachtsichttechnik auch für Raubwild freizugeben“, so der CDU-Politiker abschließend.

[WEITERLESEN](#)



Bild (Ulrich Schwarze) v. l. n. r.: Frank Oesterhelweg, Oliver Schatta, Dr. Berend Lindner, Prof. Dr. Albrecht Stalman, Sarah Grabenhorst-Quidde, Holger Bormann, Falk-Olaf Hoppe.

Oesterhelweg organisiert Energiefrühstück

----- FRANK OESTERHELWEG

Seit einiger Zeit arbeitet der Arbeitskreis Energie des CDU-Kreisverbandes Wolfenbüttel an diesem wichtigen Zukunftsthema, das auf der Tagesordnung eines von Frank Oesterhelweg organisierten Energiefrühstücks stand. Der Klimawandel und die Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine machen die Gewährleistung einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung noch schwieriger, das wurde bei der Vorstellung des umfangreichen Berichts des Arbeitskreises durch seinen Vorsitzenden Prof. Dr. Albrecht Stalman deutlich. Dr. Berend Lindner, Staatssekretär im Niedersächsischen Wirtschaftsministerium, nahm das Papier mit großem Interesse entgegen und erläuterte die Maßnahmen der Landesregierung.

Stichworte dabei und im Rahmen der lebhaften Diskussion waren u. a. Ausbau regenerativer Energien, Laufzeitverlängerungen, Speicher- und Leitungskapazitäten, Planungsbeschleunigung, Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft, Einsparmassnahmen, europäische Zusammenarbeit. „Viel zu tun auch für unsere Abgeordneten“, so Frank Oesterhelweg, anwesend waren auch sein Kollege Oliver Schatta MdL sowie die CDU-Landtagskandidaten Sarah Grabenhorst-Quidde und Holger Bormann. Besondere Herausforderungen kommen hier auch auf unsere Kommunen zu, was Holles Bürgermeister Falk-Olaf Hoppe deutlich machte.

Krankenhaus- Planungsausschuss mit klarem Bekenntnis zu Großprojekten in Ostfriesland, im Heidekreis und im Landkreis Diepholz

----- THOMAS EHBRECHT

In der ersten Sitzung des niedersächsischen Krankenhaus-Planungsausschuss in 2022 standen traditionell die Krankenhausförderung und das Investitionsprogramm im Vordergrund der Beratungen. Das Volumen des Investitionsprogramms wurde von bislang 120 auf erstmalig 150 Millionen Euro aufgestockt. Das Investitionsprogramm 2022 umfasst 29 Investitionsmaßnahmen, davon acht Erstförderungen sowie 21 Weiterfinanzierungen laufender Maßnahmen.

Mit der Förderung der 29 Maßnahmen im ganzen Land hat das diesjährige Investitionsprogramm

„einen deutlich höheren Umfang als in den vergangenen Jahren. Damit wird ein wesentlicher Grundstein für eine moderne und zukunftsfähige Krankenhausstruktur in Niedersachsen geschaffen“, sagte Gesundheitsministerin Daniela Behrens.

Neben den Einzelmaßnahmen können große Strukturmaßnahmen wie die Zusammenlegung von Krankenhäusern und Neubauten aus Mitteln des Krankenhausstrukturfonds gefördert werden. In Niedersachsen befinden sich gegenwärtig drei große Vorhaben in der Planung.

[WEITERLESEN](#)



Niedersächsischer Finanzminister auf Augenhöhe mit Braunschweiger Unternehmern

----- OLIVER SCHATTA

Braunschweig. Am 07.07. war der niedersächsische Finanzminister Reinhold Hilbers zu Besuch in Braunschweig. Im Rahmen seiner Sommertour machte er einen Stopp auf dem Soldekk und stieg in den Dialog mit 15 Unternehmerinnen und Unternehmern aus Braunschweig und Umgebung ein. Auf Einladung unseres Landtagsabgeordneten Oliver Schatta der neben seiner Landtagstätigkeit, seine Kfz-Werkstatt führt, kam der Minister in unsere Stadt.

Mit dabei waren die CDU- Landtagskandidaten Sophie Ramdor und Jan-Tobias Hackenberg. Die Veranstaltung wurde im kleinen Rahmen organisiert, damit genügend Zeit für Fragen blieb. So kam jeder zu Wort und konnte seine Sorgen, Probleme und neuen Ideen mit dem Minister diskutieren. Nach zwei Stunden reger Diskussion und kühlen Getränken, wurden Fotos gemacht und Kontakte ausgetauscht. Für die Beteiligten war dies auch ein interessantes Netzwerktreffen.

<p>Montag, 18.07. Bodenwerder Parkplatz Sommer-Rodelbahn, Grüne Schleite 1 Thema: Touristik & Gastronomie</p>	<p>Donnerstag, 21.07. Boffzen Grillhütte Gatterweg Boffzen Ampel, Richtung Neuhaus nach ca. 400 m links ab, Heinrich-Heine-Straße, nach ca. 300 m rechts ab, Hoppenbeg geradeaus, nach ca. 1 km (Feldmark) links ab Richtung Grillhütte (beschildert) Thema: Umwelt & Landesforsten</p>
<p>Dienstag, 19.07. Holzminen OT Mühlenberg Grillplatz „Mühlenberger Hütte“, hinter dem Feuerwehrgerätehaus Thema: Wirtschaft & Handwerk</p>	<p>Freitag, 22.07. Stadtdoldorf Waldgaststätte Mittendorff's Park, Schützenhaus 1 Thema: Digitalisierung & Landwirtschaft</p>
<p>Mittwoch, 20.07. Delligsen Grillhütte „Tauben Sütter“ Treffpunkt und Parkmöglichkeit: Kreuzung zweier Feldwege mit der K62 von Kaierde nach Wenzen etwa 150 m nach dem Ortsausgang Thema: Familie & Gesundheit</p>	<p>Samstag, 23.07. Bevern Wanderparkplatz Bevern Bahndamm Ende Jahnstraße rechts ab in Angerstraße, nach 200 m links abbiegen, unter B64 hindurch hinauf zum Parkplatz Thema: Ehrenamt & Sport</p>

Reinhold Hilbers beim Landtagsstammtisch: Einkommenssteuerreform statt Übergewinnsteuer



----- UWE SCHÜNEMANN

Zum Landtagsstammtisch hatte Uwe Schünemann einen besonderen Gast eingeladen. Finanzminister Reinhold Hilbers lockte viele Interessierte nach Stadtoldendorf in den Mittendorff's Park. Nicht verwunderlich, denn die aktuellen Herausforderungen haben viel mit dem Aufgabenspektrum des CDU-Politikers zu tun. Bekämpfung der Inflation, finanzielle Entlastung der Bevölkerung, steigende Zinsen und Investitionen in den Klimaschutz. Die Besucher wurden nicht enttäuscht und erhielten auf all diese Fragen Antworten. Dabei blieb der Minister seiner zentralen Botschaft treu: „Eine solide Finanzpolitik ist auch in Krisenzeiten zwingend notwendig“.

Durch hohe Staatsausgaben werde die Inflation zusätzlich angeheizt. In einer Zeit, in der durch Lieferengpässe die volkswirtschaftlichen Kapazitäten beeinträchtigt sind, führe eine ausufernde Fiskalpolitik zu zusätzlichem Inflationsdruck. Vielmehr müsse die staatliche Haushaltspolitik eher einen dämpfenden Effekt haben. „Die Schuldenbremse ist kein Selbstzweck, sondern ein zentraler Bestandteil der Inflationsbekämpfung“, so Reinhold Hilbers.

Gerade in außergewöhnlichen Zeiten müsse der Staat verantwortungsbewusst handeln. Niedersachsen sei dafür ein besonders gutes Beispiel. „Die notsituationsbedingten Schulden zur Bekämpfung der Corona-Folgen werden bereits in diesem Jahr mit 698 Millionen € getilgt“, so der Finanzminister nicht ohne Stolz. In 2023 würden 1,1 Mrd. € der Konjunkturbereinigungsrücklage zugeführt. Damit werde Vorsorge für zukünftige Krisen geleistet. Leider müsse damit aufgrund des russischen Angriffskrieges gerechnet werden.

Skeptisch bewertet der oberste Hüter der Steuergelder in Niedersachsen die Diskussion über drastische Senkung der direkten Steuern. Eine solche Unterstützungsmaßnahme mit der Gießkanne sei abzulehnen. Der Staat könne die Preissteigerungen nicht allumfassend abfedern. „Wir sollten gezielt Haushalte mit kleinem Einkommen entlasten“, fordert der Finanzminister. Absurd sei die Diskussion über eine sogenannte „Übergewinnsteuer“. Die Abgrenzung eines „übermäßigen“ Gewinns sei unmöglich und verfassungsrechtlich bedenklich. Das Mehr an Gewinn werde in unserem System über die Steuer abgedeckt. Über den Preis werde auch eine lenkende Wirkung erzielt. Das sei bei der Diskussion um Energieeinsparung und CO₂-Reduzierung auch nicht außer Acht zu lassen.

Statt über die Einführung neuer Steuern zu fabulieren, sollte die Bundesregierung eine Einkommenssteuerreform beschließen. Durch die höheren Preise nehme der Staat erheblich mehr Steuern ein. Dieser Spielraum könne jetzt genutzt werden, um die kalte Progression abzuschaffen. Die Eckwerte des Steuertarifs sollten an die Inflations- und Einkommensentwicklung angepasst werden. „Lohnerhöhungen müssen unter dem Strich auch zu mehr im Portmonee führen“, meint Reinhold Hilbers. Zusammen mit Direktzahlungen an Rentner und Studierende sei eine Entlastung durch niedrige Steuersätze die richtige Antwort auf die aktuelle Belastung der Bevölkerung.

Mit dem in der letzten Plenarsitzung des Landtages beschlossenen Klimaschutzgesetz habe die Landesregierung Investitionen in Milliardenhöhe rechtlich abgesichert. In der mittelfristigen Finanzplanung sei dafür bereits Vorsorge getroffen worden. Ganz neue Wege gehe das Finanzministerium bei der energetischen Nutzung von Dachflächen landeseigener Gebäude. Durch einen Kooperationsvertrag werde ein Energiedienstleister alle geeigneten Landesdächer sukzessive mieten, um darauf PV-Anlagen zu errichten und selbst zu betreiben. „Das Beispiel wird Schule machen“, ist sich der Minister sicher.

Von der Tagesordnung der Juni-Sitzung des Landtages stieß vor allem das Gesetz zur Krankenhausplanung auf besonderes Interesse. Uwe Schünemann stellte klar: „Es geht keineswegs um die Schwächung der Krankenhäuser im ländlichen Raum, sondern um die Absicherung einer hochwertigen Ärzteversorgung und eine disziplinübergreifende Planung“. Die Novelle zum Katastrophenschutzgesetz sei aufgrund der neuen Herausforderungen durch Klimawandel und neuer Sicherheitslage zwingend erforderlich. Der Schutz kritischer Infrastruktur werde rechtlich abgesichert. Mit einem 40 Mio. € Ad-hoc-Programm habe Finanzminister Hilbers schnelle Investitionen in diesem Bereich ermöglicht. Es seien aber kontinuierlich erheblich höhere Finanzmittel notwendig.

Bei einem kleinen Imbiss standen die Landespolitiker noch lange Zeit für Rückfragen und Diskussionen zur Verfügung.

Impressum

Die „HiBs-Gruppe

Thomas Ehbrecht
Laura Hopmann
Veronika Koch
Frank Oesterhelweg
Christoph Plett
Oliver Schatta
Uwe Schünemann

Redaktion

Luca Heinemann
Politischer Referent

Reinhäuser Landstraße 5, 37083
Göttingen

hibs-team.heinemann@outlook.de

Impressum

Herausgeber: „HiBs“-Gruppe im
niedersächsischen Landtag

Verantwortlicher: c/o Uwe
Schünemann MdL

Stellv. Fraktionsvorsitzender

Landtag live

Nächstes Plenum vom 21.
bis 23. September 2022.

[Zum Livestream](#)